

# Der Staat bezahlt seine Rechnungen zu spät

Inkasso-Verband: Unternehmen geraten wegen offenen Forderungen in Schwierigkeiten – Öffentliche Hand gibt schlechtes Beispiel

Von Carsten Dierig

KÖLN – Die Zahlungsmoral in Deutschland hat seit Beginn der Wirtschaftskrise noch mal deutlich nachgelassen. Das berichtet der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen (BDIU). Besonders schlecht ist das Zahlungsverhalten von den Kunden in der Dienstleistungsbranche sowie im Handwerk und Baugewerbe. „Vor allem Mittelständler bekommen dadurch in der aktuellen Krise massive Liquiditätsprobleme“, sagt Verbandspräsident Wolfgang Spitz. Daher rechnet er im zweiten Halbjahr mit einem deutlichen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen. Gut 35 000 Firmen werden bis Jahresende in die Pleite rutschen, so der BDIU, acht Prozent mehr als im Vorjahr.

2010 soll sich der Negativ-Trend sogar verstärken. Laut einer Mitgliederbefragung rechnen vier von fünf der bundesweit 700 Inkasso-Unternehmen mit einer Verschlechterung der Rechnungstreue bis mindestens zum Ende des kommenden Jahres. Wolfgang Spitz begründet dies mit einem Domino-Effekt: „Wenn die eigenen Kunden schlecht zahlen, fehlt auch dem Gläubiger das Geld, um rechtzeitig seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.“ Dass 2010 der Spitzenwert bei Unternehmensinsolventen – bislang lag er laut dem Statistischen Bundesamt bei 39 470 Fällen im Jahr 2003 – erreicht wird, ist daher denkbar.

Eine nicht unerhebliche Mitschuld an der Entwicklung trägt die öffentliche Hand. Während Unter-

nehmen nach Angaben des BDIU ihre Rechnungen im Durchschnitt nach gut 60 Tagen bezahlen, lasse sich der Staat sogar rund 90 Tage Zeit. Dabei werden die geforderten Beträge eigentlich schon nach 30

## ■ „Wir brauchen mehr Schuldenprävention, um das Problem einzudämmen“

BDIU-Vorstandssprecherin Marion Kremer

Tagen fällig. „Die öffentliche Hand sollte eine Vorbildfunktion einnehmen, gerade in der Krise“, kritisiert Spitz. Dabei gehe es auch um Vertrauen. „Konjunkturprogramme allein helfen nicht“, so Spitz, vor allem wenn der Staat seine Rechnungen nicht bezahle.

Hilfe könnte nun allerdings aus Brüssel kommen. Denn die Europäische Kommission will die EU-Mitgliedsstaaten nun per Gesetz und unter Androhung von empfindlichen Strafen zwingen, Rechnungen pünktlich zu bezahlen. Denn alleine in der EU beläuft sich die Summe der verspätet überwiesenen Beträge laut Industriekommissar Günter Verheugen auf rund 1,9 Billionen Euro.

Steigende Insolvenzzahlen erwartet der Inkassoverband aber nicht nur auf der Unternehmensseite. Auch die Verbraucherpleiten sollen angesichts der weiter gestiegenen Privatverschuldung zulegen. Bis zum Jahresende rechnet der BDIU mit einem neuen Höchststand von 110 000 Privatkonkursen, rund 12 000 mehr als im Vorjahr

und fast 5000 mehr als im Rekordjahr 2007. Und weitere Steigerungen sind absehbar. Denn in Deutschland gelten rund drei Mio. Haushalte als überschuldet, können also mit ihren Einnahmen die Ausgaben etwa für Miete, Lebensmittel und bestehende Zahlungsverpflichtungen nicht mehr decken.

Seit Einführung der Verbraucherinsolvenz im Jahr 1999 haben erst rund 500 000 einen Insolvenzantrag gestellt. „Die große Welle der Verbraucherinsolvenzen steht uns daher erst noch bevor“, fürchtet daher BDI-Vorstandssprecherin Marion Kremer mit Verweis auf die nun steigenden Arbeitslosenzahlen. Kremer plädiert dafür, künftig viel früher anzusetzen. „Wir brauchen mehr Schuldenprävention, um das Problem einzudämmen.“